

# Reise geplatzt, Versuch geglückt

**MILITÄR** Nachdem die Türkei den nächsten Besuch deutscher Abgeordneter bei Bundeswehrsoldaten verhindert hat, läuft die Debatte über Konsequenzen

AUS BERLIN TOBIAS SCHULZE

Die Reise nach Konya war ein Test. Alexander Neu hatte ihn sich vor einigen Wochen ausgedacht. Im Verteidigungsausschuss beantragte der Linke-Abgeordnete im Juni einen gemeinsamen Besuch auf der Nato-Basis in der Zentraltürkei, die übrigen Fraktionen stimmten zu, und so stand die Versuchsanordnung: Mal sehen, dachte sich Neu, ob die türkische Regierung den Besuch zulässt – oder ob sie ihn ebenso verhindert wie zuvor schon die Reisen ins benachbarte Incirlik.

Seit Freitagmittag ist das Ergebnis da: Wenige Tage vor dem geplanten Abflug der Abgeordneten hat die Türkei laut Regierungssprecher Steffen Seibert „darum gebeten, den Besuch zu verschieben“ – ihn de facto also unterbunden. In Berlin läuft seitdem eine Debatte über die Konsequenzen.

Die Opposition sowie Teile der SPD wollen die deutschen Soldaten, die in Konya in Awacs-Flugzeugen der Nato sitzen, im Zweifel abziehen. „Ohne Besuchsrecht können die deutschen Soldaten nicht in Konya bleiben“, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Der Koalitionspartner bremst aber: Auf keinen Fall solle Deutschland seine Soldaten abziehen, sagte der CSU-Abgeordnete Hans-Peter Uhl am Montagmorgen im Deutschlandfunk. Die Bündnistreue innerhalb der Nato sei wichtiger als die Reise des Verteidigungsausschusses.

Die Bundesregierung selbst setzt vorerst auf einen Mittelweg: In Gesprächen mit der Türkei drängt sie nach eigenen Angaben auf einen neuen Termin. Eine Frist will sie der Regie-



Ein türkischer Soldat vor einem Awacs-Flugzeug in Konya Foto: Yes Herman/reuters

rung in Ankara aber nicht setzen. „Ich halte es nicht für sinnvoll, jetzt hier Zeiterwartungen in den Raum zu stellen oder Zeitfristen zu nennen“, sagte Seibert am Montag.

Helfen soll in den Gesprächen mit der Türkei nach Möglichkeit die Nato. Im Streit über die Abgeordnetenbesuche in Incirlik hatte sich das Militärbündnis noch herausgehalten – die dort stationierten deutschen Tornados waren nicht in seinem Auftrag vor Ort. Anders die Awacs-Flugzeuge, die unter Nato-Kommando fliegen – weshalb der geplante Abgeordnetenbesuch nun im Prinzip das Bündnis als Ganzes betrifft.

Rund zehn deutsche Soldaten sind derzeit als Teil einer multinationalen Besatzung in den Flugzeugen eingesetzt. Nach An-

## Helfen soll in den Gesprächen mit der Türkei nach Möglichkeit die Nato

gaben des Verteidigungsministeriums beobachten sie nicht die Aktivitäten des IS, sondern nur den Luftraum über Syrien und dem Irak. Sie schauen, wer dort fliegt. Offiziell, um Kollisionen westlicher Kampfjets mit anderen Flugzeugen zu verhindern. Sicherlich aber auch, um Aktivitäten der russischen und syrischen Luftwaffe zu überblicken. Die Awacs tragen für diese Aufgabe große Radaranlagen auf dem Rücken. Die Flugzeuge fliegen zwar nur über der Türkei und dem Mittelmeer und nicht

über den Krisenländern selbst. Schon von dort aus nehmen sie wegen ihrer Flughöhe aber mehr wahr als Radaranlagen auf dem Boden. Bundeswehr, Nato und die US-geführte Militärkoalition für Syrien und dem Irak würden deshalb nur ungern auf die Awacs-Flüge verzichten.

Die deutsche Opposition hätte damit natürlich weniger Probleme. Der Abgeordnete Neu, dessen Konya-Experiment nun aufgegangen ist, fordert das Ende des Einsatzes. Die Linke sei ohnehin gegen die deutsche Beteiligung, schon aus völkerrechtlichen Gründen. „Davon abgesehen müssten auch die anderen Fraktionen begreifen, dass ein ‚Weiter so‘ nicht möglich ist, wenn Besuche deutscher Abgeordneter nicht möglich sind“, sagt er.

# Nächtliche Randalie in der schwäbischen Provinz

**KRIMINALITÄT** Übergriffe in Schorndorf. Ob und wie viele Flüchtlinge dabei waren, wird geklärt

SCHORNDORF taz | Schockierende Meldungen über Randalie auf dem Schorndorfer Stadt-

fest „SchoWo“ gehen seit Sonntag durchs Netz. Von „Ausschreitungen“ und „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ ist die Rede. Ebenso, dass sich „tausend Flüchtlinge“ Samstagnacht in der schwäbischen Provinz eine Schlacht mit der Polizei geliefert hätten. Die Schreckensmeldungen kursieren bei Twitter unter dem Hashtag #koelnhbff oder zynisch unter #Einzelfall. Auch der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer hielt sich am Sonntag auf Facebook mit Kommentaren nicht zurück: „Übergriffe bei einem an sich friedlichen Fest. Und wieder jugendliche Migranten mitdrin.“

Kaum 30 Stunden später geben der SPD-Oberbürgermeister der Stadt Matthias Klopfer und der Polizeipräsident Roland Eisele im Schorndorfer Rathaus eine Pressekonferenz. Sie versuchen, den Gerüchten mit Fakten beizukommen. Demnach gab es am Freitag und Samstagabend auf dem Schorndorfer Wochenmarkt zwei sexuelle Übergriffe. In dem einen Fall wird gegen drei Afghanen im Alter von 18 bis 20 Jahren ermittelt, die ein 17-jähriges Mädchen „angegrapscht“ haben sollen. Im zweiten Fall laufen die Ermittlungen gegen einen 20-jährigen Iraker, der eine 24-jährige Frau bedrängt haben soll. In der Nacht zum Sonntag kam es dann auf der benachbarten Schlosswiese, auf der etwa 1.000 Jugendliche feierten, zu Aggressionen und Ausschreitungen, „wie wir sie bisher noch nicht kannten“.

Nach Darstellung der Polizei haben Einzelne aus der „anonymen Masse“ Polizei und Passanten aggressiv angegangen und später mit Flaschen beworfen. Nach Zeugenaussagen sollen Gruppen von Randalierern noch Stunden später angeblich mit Messern durch die Stadt gezogen sein. Auch da laufen die Ermittlungen noch.

Im Fall der sexuellen Übergriffe wird gegen die vier mutmaßlichen Täter ermittelt. Bei

den Übergriffen auf der Schlosswiese gab es bisher keine Festnahmen, die Ermittlungen laufen noch. Deshalb konnte Polizeipräsident Eisele auch keine Auskunft dazu geben, ob es sich bei diesen gewalttätigen Jugendlichen auch um Asylbewerber oder Migranten handelt. Man sei für die Identifizierung der Täter auf weitere Zeugen angewiesen.

Für den Polizeipräsidenten ist jedoch weniger die Herkunft entscheidend für solche Ausschreitungen, die erlebe die Polizei seit Jahren in wachsendem Maß. Hauptgrund für die wachsende Aggressivität, auch gegen Polizeibeamte, sei Alkohol. In diesem Zusammenhang wandte sich der Schorndorfer Oberbürgermeister mit

## Wegen der sexuellen Übergriffe ermittelt die Polizei

Kritik an die grün-schwarze Landesregierung. Bisher herrsche im Schorndorfer Schlosspark ab 23 Uhr Alkoholverbot, das man in den letzten Jahren auch während des Fests durchgesetzt hatte. Die Stadt hatte sich mit der Polizei in diesem Jahr darauf verständigt, erst nach Mitternacht das Verbot durchzusetzen. Angesichts der Vorfälle in seiner Stadt nannte Klopfer diese Entscheidung falsch. Nach einer Gesetzesänderung, die die grün-schwarze Koalition vereinbart hatte, soll das pauschale Alkoholverbot nach 22 Uhr bis nächstes Jahr fallen.

Mit Blick auf Boris Palmer, der im Netz beklagt hatte, als Rassist gebrandmarkt zu werden, wenn er Integrationsprobleme offen anspreche, sagte Schorndorfs OB: „Ich bin der Letzte, der sich einer schonungslosen Analyse verweigert. Aber es ist die Aufgabe eines Oberbürgermeisters, Integration zu ermöglichen, und die Aufgabe der Polizei, Straftaten zu verfolgen.“ **BENNO STIEBER**

# Problematische Traditionspflege

**GESCHICHTE** Die Verteidigungsministerin hat angekündigt, die Namen von Kasernen zu prüfen. Die Linke wollte wissen, wie der Stand der Dinge ist. Antwort: Bei neun Kasernen laufe „der Prozess“

BERLIN taz | Einen Tag vor der Wiedervereinigung machte Rainer Eppelmann kurzen Prozess: Der Verteidigungsminister der DDR ließ sämtliche Liegenschaften der Nationalen Volksarmee umbenennen. Insgesamt 299 Traditionsnamen wurden am 2. Oktober 1990 mit einem Federstrich getilgt. Manch zweifelhaftes Namenspatrone verschwanden, allerdings auch etliche von den Nazis hingerichtete Widerstandskämpfer. Selbst die Namen der beiden 1917 in den letzten Zuckungen des Kaiserreichs hinggerichteten friedensbewegten Matrosen Max Reichpietsch und Albin Kobis wurden gelöscht.



Max Reichpietsch (l.) und Albin Kobis Foto: Gircke/Ullstein Bild

Solch eine Beherztheit hätte sich mancher auch für die alte Bundesrepublik gewünscht. Seit Jahrzehnten fordern Friedensinitiativen die Umbenennungen von Kasernen, die nach fragwürdigen Personen der deutschen Militärgeschichte benannt sind – und davon gab und gibt es bis heute etliche. Anders als bei der NVA standen die allerdings nie in Kommunismusverdacht. So wurden gerade mal 13 Kasernen umbenannt. Bis heute tragen Bundeswehrkasernen die Namen von „Helden“ der NS-Wehrmacht oder kaiserreuer antidemokratischer Militärs.

Wie schwer sich das Verteidigungsministerium immer noch mit dieser problemati-

zess dort erneut anzustoßen, wo Kasernen nach Personen oder anderweitig benannt sind, die nicht im Einklang mit dem heutigen Traditionsverständnis der Bundeswehr stehen können.“ Bei der Prüfung, ob eine Umbenennung zu erfolgen habe, gelte es, „bei den Bundeswehrangehörigen einen offenen Meinungsbildungsprozess anzustoßen und mit den Vertretern der Kommunen in einen entsprechenden Dialog zu treten“.

Bei neun Kasernen laufe derzeit dieser „Prozess“, der noch 2017 abgeschlossen sein solle. Konkret benennt das Ministerium die Mudra-Kaserne in Köln, die Marseille-Kaserne in Appen, die Lent-Kaserne in Rotenburg, die Feldweibel-Lilienthal-Kaserne in Delmenhorst, die Ernst-Moritz-Armdt-Kaserne

in Hagenow, die Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover sowie die Hindenburg-Kaserne, die Schulz-Lutz-Kaserne und die Peter-Bamm-Kaserne in Munster.

Die beiden Rommel-Kasernen in Augustdorf und Dornstadt sind nicht Teil der Überprüfung. Nach Auffassung des Ministeriums würden neuere historische Forschungen den Schluss nahelegen, dass Hitlers „Wüstenfuchs“ Erwin Rommel „den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 näher stand als bislang angenommen“. Außerdem sei er durch seinen erzwungenen Selbstmord „selbst Opfer des NS-Regimes“. Linksparteiler Jan Korte empört das. „Damit beleidigt die Bundesregierung Zehntausende wahre Widerstandskämpfer“, sagt der Abgeordnete. „Rommel war ein einiges, aber kein Widerständler.“

Korte hält die bisherige Bilanz in puncto Kasernenumbenennungen für „mehr als dürftig“. Auch die jetzigen Ankündigungen offenbarten „eher eine anhaltende Halbherzigkeit als eine tatsächliche Abkehr von der bisherigen unseligen Traditionspflege“. Auf Kortes Frage, ob im Falle von Umbenennungen Kasernen auch nach Widerständlern und Deserteurern benannt werden sollen, blieb das Ministerium eine Antwort schuldig. **PASCAL BEUCKER**

taz.genossenschaft

JEDES WEITERE

# MITGLIED SCHAFFT

MEHR UNABHÄNGIGKEIT

Die Zeiten ändern sich. Bestimmen Sie mit, in welche Richtung.

Setzen Sie ein Zeichen für Meinungsvielfalt und gegen Meinungsmache. Werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft. Mit einer Einlage ab 500 Euro (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) können Sie MiteigentümerIn werden.

gen@taz.de | T (030) 25902213 | www.taz.de/genossenschaft

RM | STEINER